

Griechenland: ein politischer Neuanfang?



Betrachtungen in Athen.

Ergebnis der griechischen Parlamentswahl im Juli 2019 ist, dass Ministerpräsident Alexis Tsipras abgewählt wurde und Kyriakos Mitsotakis sein Nachfolger wurde. Somit ist die Politik der linken Syriza-Partei abgewählt und die konservative Partei Nea

Dimokratia mit absoluter Mehrheit gewählt, mit entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten im Parlament.

Die formulierten Ziele der neuen Regierung sind Steuersenkungen, Investitionen, Reformen und Privatisierungen. Hiermit sollen nach Jahren der wirtschaftlichen Krise neue Jobs geschaffen und Unternehmen unterstützt werden. Doch welche Möglichkeiten hat die neue Regierung tatsächlich? Die Kreditgeber hatten Griechenland bislang enge Fesseln angelegt und u.a. gefordert, dass ein hoher Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften ist.

Wie geht dies mit Steuersenkungen für Unternehmen und Investitionen zusammen?

Wird die sog. Troika, bestehend aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission, Abstriche vom bisherigen rigorosen Sparprogramm zulassen, das die Senkung von Löhnen, die Kürzung der Renten und Steuererhöhungen vorsah?

In den Medien wurde bereits im Sommer 2018 häufig von einer wirtschaftlichen Wende in Griechenland gesprochen; ist diese tatsächlich eingetreten und welche Schlussfolgerungen zieht daraus die neue Regierung und welche Konsequenzen ergeben sich für die Bevölkerung? Wie ist deren Situation tatsächlich? Diesen Fragen werden wir im Rahmen dieses Bildungsurlaubs nachgehen.

Wir wollen vor Ort mit Beschäftigten und aktiven Gewerkschafter*innen, NGO's, Stadtteilaktivist*innen, sowie mit Vertreter*innen von Parteien ins Gespräch kommen und erfahren, wie mit den schwierigen Herausforderungen in den zurückliegenden Jahren umgegangen wurde und welche Lösungsansätze und Visionen es für Griechenland gibt.

Historisch-politische Stadtrundgänge werden zudem einen vertiefenden Blick in die Geschichte und die aktuelle Situation der Bevölkerung ermöglichen.

■ **Termin:**
11.10. – 17.10.2020 Athen N 064 /20

Zielgruppe: interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Griechisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung ca. 870 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Lebenswertes und umweltfreundliches Wien



Leben und Arbeiten im Roten Wien und heute

2019 wurde Wien zum 10. Mal zur lebenswertesten Stadt der Welt gewählt. In die Bewertung der Mercer-Studie, die jährlich Städte mit der höchsten Lebensqualität ermittelt, fließen politische und wirtschaftliche, kulturelle und

die umweltorientierten Aspekte ein. Wien ist laut „Compare the Market“ die umweltfreundlichste unter den europäischen Hauptstädten. Basis für diese Bewertungen sind Faktoren wie: Lebensqualität, Nutzung des ÖPNV, Grünflächen, Wasserqualität, geringe Luftverschmutzung usw. In dieser Woche können wir uns ein tiefergehendes Bild von einzelnen Kriterien machen, die eine lebenswerte Stadt ausmachen. Die Möglichkeit, preiswert zu wohnen, was in deutschen Großstädten kaum noch möglich ist, werden wir mit der Geschichte des Roten Wien anschaulich machen können. Im Zeitraum von 1918 bis 1934 wurde die österreichische Hauptstadt als Rotes Wien bezeichnet, weil die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bei den Wahlen wiederholt die absolute Mehrheit erreichte und in diesem Zeitraum nicht nur umfassende soziale Wohnbauprojekte, aufgrund der extremen Wohnungsnot nach dem 1. Weltkrieg, umgesetzt hat, sondern auch neue Wege in der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik gehen wollte. Eines der vielen Zeugnisse ist die noch heute existierende Wohnanlage „Karl-Marx-Hof“, die ein Beispiel für günstiges Wohnen in Wien darstellt. Aktuelle Bestrebungen der Kommune, die Stadt Wien als lebenswerte Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln, können beispielhaft vom Lokale Agenda Büro im Stadtteil Favoriten aufgezeigt werden, das eine nachhaltige Bezirksentwicklung unterstützt. Zudem werden wir bei Gesprächen mit Gewerkschaftsvertreter*innen, Initiativen und politisch verantwortlichen Parteien über die aktuellen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen sprechen und die möglichen Konsequenzen für die Bürger*innen diskutieren. Im Mai 2019 führte die IBI-ZA-Affäre zum Bruch der schwarz-blauen Regierung (konservative ÖVP und rechte FPÖ). Die Wahlergebnisse der Neuwahl vom Herbst 2019 und die sich daraus möglicherweise ergebenden neuen oder alten politischen Konstellationen mit Folgen für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik werden wir ebenfalls diskutieren.

Um die Geschichte Wiens besser erfahren und verstehen zu können, werden auch Stadtrundgänge zu historisch bedeutsamen Orten angeboten. Somit wird der Bogen vom Roten Wien bis in das Jahr 2020 gespannt, mit den Zielen, die Geschichte Österreichs besser zu verstehen und uns ein Bild von den aktuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen machen zu können

■ **Termin:**
18.10. – 24.10.2020 Wien N 067 /20

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen.

Kosten: Kostenbeteiligung ca. 870 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Die Zukunft Europas – Europapolitik 2020 stark geprägt von Deutschland?



Ursula von der Leyen wurde im Juli 2019 als erste Frau in der europäischen Geschichte zur Präsidentin der EU-Kommission gewählt. In ihrer Bewerbungsrede ging sie insbesondere auf die Themen Klimaschutz, Mindestlohn und Migration ein. Die formulierten Ziele hierbei sind u.a. ein klimaneutrales Europa bis 2050 zu

schaffen, die Arbeitnehmerrechte zu stärken, die EU-Asylreform voranzubringen, das EU-Parlament zu stärken und damit die EU demokratischer zu machen. Welche Weichen kann sie im Laufe eines Jahres stellen, werden erste Ergebnisse im November 2020 vorliegen?

In der 2. Jahreshälfte übernimmt zudem Deutschland die Ratspräsidentschaft und wird aus formulierten Zielen ein konkretes politisches Programm entwickeln, mit dem sich der Rat befassen und Entscheidungen für die EU-Bürger treffen wird. Werden dies Antworten auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen sein, wie von der Präsidentin der EU-Kommission beschrieben und in konkrete verbindliche Beschlüsse, Gesetze oder Richtlinien münden?

Weitere Fragen werden im Rahmen des Seminars diskutiert werden können, wie bspw.: Welche Folgen hat(te?) der Austritt von Großbritannien aus der Europäischen Union? Wird das Ergebnis der EU-Wahl im Mai 2019 die Schwerpunktsetzung der Politik verändern? Kann der politische Zusammenhalt in der EU gestärkt werden? Wie wird sich die Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik gestalten? Wie können Bürger Einfluss auf die Politik nehmen? Welche Rolle und Macht hat das Europäische Parlament jetzt und in Zukunft? Wird EU-Politik nur in Brüssel und Straßburg gemacht?

Mit diesem Bildungsurlaubsseminar wollen wir die Möglichkeit bieten, u.a. bei Gesprächen im Europa-Parlament, bei der EU-Kommission oder beim Europäischen Gewerkschaftsbund diese und andere Fragen zur aktuellen EU-Politik zu beantworten und die Arbeit der Akteure vor Ort kennenzulernen.

■ **Termin:**
15.11. – 20.11.2020 Brüssel N 075 /20

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Kosten: eine Kostenbeteiligung wird erhoben; die genaue Höhe stand bei Drucklegung noch nicht fest





ver.di Landesbezirk Nord
Hüxstraße 1
23552 Lübeck
Telefon 0451 8100-811
Fax 0451 8100-895
E-Mail: elfi.falk@verdi.de
E-Mail: peter.junk@verdi.de

Anmeldung unter www.verdi-nord-seminare.de



Arbeit und Leben Landesarbeitsgemeinschaft
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Dr.-Külz-Str. 18
19053 Schwerin
Tel. 0385 – 6383 290 – 293
Fax. 0385 6383 – 295
E-Mail: info@arbeitundlebenmv.de

Anmeldung unter www.arbeitundlebenmv.de

Studienreisen **2020**

Barcelona! Geschichte(n) und Zukunftsvisionen



Die Unabhängigkeitsbewegung der Katalanen, die Initiativen für eine andere Wirtschaftsform und die Folgen der Wirtschaftskrise sind nach wie vor brisante Themen in Spanien, mit denen sich die Bürger*innen von Barcelona akut beschäftigen.



Neben der Auseinandersetzung mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte wird in diesem Seminar auch die Seite der Kulturgeschichte des katalanischen Modernisme sowie eine kritische Betrachtung der Zeit des Sklavenhandels erfolgen.

In Gesprächen mit Gewerkschafter*innen verschiedener politischer Couleur werden wir erfahren, welche wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen die jüngste Wirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer*innen hatte und welche Auseinandersetzungen und Probleme hieraus in der Gesellschaft entstanden sind. Dabei wird es insbesondere um die Folgen der Gentrifizierung und die nach wie vor hohe Arbeitslosenquote gehen. Durch Begegnungen und Gespräche mit Vertreter*innen von Kooperativen, die mit einem „katalanischen Gemeinwohlverständnis“ eine andere Wirtschaftspolitik anstreben, werden auch die Konzepte und Erfahrungen mit einer Gemeinwohl-Ökonomie, wie sie auch in Deutschland existiert, diskutiert werden können.

Um die Stimmung der Bevölkerung und ihr Wahlverhalten besser nachzuvollziehen, werden wir uns mit den Gründen für die Entstehung des Katalanismus befassen und den Prozess von einem gemäßigten Katalanismus hin zur Radikalisierung der Bewegung, die nach dem Unabhängigkeitsreferendum zur Präventivhaft von Abgeordneten führte und die aktuelle Haltung der politisch Verantwortlichen zum Konflikt besprechen können.

Dieser Bildungsurlaub bietet somit die Möglichkeit, sich im direkten Austausch mit Vertreter*innen von Initiativen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und bei historisch-politischen Stadtrundgängen ein eigenes Bild über die aktuelle Situation in Barcelona bzw. Katalonien zu machen und gleichzeitig Visionen für eine andere Wirtschaftsform und Möglichkeiten des Zusammenlebens zu entwickeln.

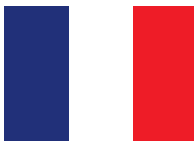
■ **Termin:** 08.03. – 14.03.2020 Barcelona N 013 /20

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Spanisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung ca. 870 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

„Paris – ein Fest fürs Leben“



So der Titel von Hemingways letztem Roman über seine Pariser Jahre. Beim Blick auf die aktuelle gesellschaftspolitische Situation steht Frankreich vor großen Herausforderungen, die sich mit dem Bild eines „Festes fürs Leben“ nicht vereinbaren lassen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise scheint noch nicht überwunden. Proteste der Gelbwesten, die weitreichend über die Medien verbreitet wurden, werfen ein Schlaglicht auf die Stimmung im Land. Macron, der mit seiner Partei „La République en Marche“ 2017 die Wahl deutlich vor der „Front National“ mit Marine Le Pen gewann, wollte mit der Reform der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik und Änderungen in der Finanz- und Steuerpolitik, d.h. mit einer Liberalisierung aller Bereiche der Gesellschaft, die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs voranbringen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Keine der erlassenen Maßnahmen war zugunsten der Arbeitnehmer*innen. Die Erhöhung der Spritpreise in 2018 war der Auslöser für die massiven Proteste und die Mobilisierung der Gelbwesten, die sich dann weiter auf andere gesellschaftliche Themen ausbreiteten. Die große Unzufriedenheit vieler Bürger zeigte sich dann auch an den Wahlergebnissen bei den Europawahlen im Mai 2019, die Marine Le Pen mit ihrer umbenannten Partei „Rassemblement National“ gewann.

Frankreich scheint ein gespaltenes Land zu sein, das wie andere europäische Länder politische Lösungen für Wohnungsmangel, Gentrifizierung, Bedrohung durch Terrorismus, Jugendarbeitslosigkeit usw. finden muss. Das neue Arbeitsgesetz mit massiven Auswirkungen auf Beschäftigte und Gewerkschaften wurde kurz nach der Wahl auf den Weg gebracht. U.a. sollen die Arbeitsbedingungen hiermit vermehrt mittels Betriebsvereinbarungen, die nunmehr einen stärkeren Einfluss als das Arbeitsrecht haben, flexibler geregelt werden. Nur welche Folgen hat das neue Gesetz insgesamt für die Beschäftigten und welche Auswirkungen auf die französischen Gewerkschaften?

Die Teilnehmenden werden die Möglichkeit haben, über das Gewerkschaftssystem Frankreichs zu diskutieren und mit Interessenvertretern von Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen, um sich ein Bild über die Folgen der Politik auf die Beschäftigten machen zu können. Wir werden uns jedoch nicht nur mit der Gegenwart bzw. aktuellen Situation befassen, sondern auch in die Geschichte Frankreichs eintauchen und uns mit den Folgen des Kolonialismus und den Spuren der Kommune von Paris beschäftigen.

■ **Termin:** 22.03. – 28.03.2020 Paris N 018 /20

Zielgruppe: interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Französisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung ca. 870 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Leben und Arbeiten in Nordirland



Nordirland und die Schwierigkeiten eines friedlichen Zusammenlebens

1920/1922 erlangt Irland die Unabhängigkeit als Irischer Freistaat und wird zur Republik Irland. Doch die Nordprovinzen bleiben als Nordirland im Einflussbereich des Vereinigten Königreiches. Seither existiert ein Identitäts- und Machtkampf zwischen zwei Bevölkerungsgruppen: Auf der einen Seite die englisch- und schottischstämmigen, unionistischen Protestanten und auf der anderen Seite die überwiegend irisch-nationalistischen Katholiken.

In Nordirland haben die Begriffe „protestantisch“ oder „katholisch“ eine besondere Bedeutung, denn sie dienen einem Unterscheidungsmerkmal zweier gesellschaftlicher Gruppen, die seit jeher gegensätzliche soziale, politische, wirtschaftliche und schließlich auch religiöse Geisteshaltungen pflegen.

Der Kontrast zwischen den alteingesessenen (bäuerlichen, armen, katholischen) Iren und den kolonialisierenden (wohlhabenden, industriellen, protestantischen) englischen und schottischen Siedlern prägt schließlich die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe bis hin zur Ethnie, was auch in der Siedlungsgeographie sichtbar wird. In den gewalttätigen Auseinandersetzungen des Nordirlandkonfliktes, den „Troubles“ in den Jahren 1969 bis 1998 bricht dieser Konflikt erneut auf und beherrscht die nordirische Politik dieser Jahre.

Beinahe viertausend Menschen verlieren ihr Leben und kaum eine Familie bleibt vom Leid verschont. Belfast und Derry sind die Zentren der Auseinandersetzungen. Seit der Unterzeichnung des Karfreitagabkommens (Friedensabkommen) im Jahre 1998 hat sich, abgesehen von gelegentlichen Rückschlägen, ein Friedensprozess entwickelt, der heute als stabil betrachtet wird.

Wir werden bei diesem Seminar insbesondere die historischen Orte, Mahnmale und Museen in Derry und Belfast aufsuchen, mit Gewerkschafter*innen und Politiker*innen sprechen, uns die Sozialarbeit von Stadtteilgruppen, die sich um Frieden und Stabilität bemühen, ansehen und mit Journalist*innen sowie weiteren sozial engagierten Gruppen sprechen.

Unsere Betrachtung soll sich von der Konfliktentstehung über die Folgen hin zum Friedensabkommen und bereits Erreichten bis zur aktuellen Situation heute erstrecken. Damit wollen wir uns der Frage zuwenden, was wir hieraus für eine Friedenspolitik für uns und im Allgemeinen lernen können.

■ **Termin:** 19.04. – 25.04.2020 Nordirland N 023 /20

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Englisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung ca. 870 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Schottland: Ein Land zwischen Europäischer Union und dem Vereinigten Königreich



Leben und Arbeiten Schottland

Seit einigen Jahrzehnten existiert in Schottland eine starke Bewegung für die Auflösung der Union mit England. Auch wenn Schottland bereits über einen weitgehenden Autonomiestatus

verfügt, gab es eine stärker werdende Abspaltungsbewegung, die schließlich zur Volksabstimmung im September 2014 führte, in der eine knappe Mehrheit für den Verbleib im Vereinigten Königreich stimmte.

Nachdem am 23. Juni 2016 das Vereinigte Königreich den „Brexit“ beschloss, wurden die Abspaltungsstimmen wieder stärker. In einem Referendum stimmten die Schotten schließlich für den Verbleib in der Europäischen Union.

Aber wofür steht eigentlich der Wunsch nach Eigenständigkeit und was bedeutet Unabhängigkeit für die schottische Bevölkerung?

In Gesprächen mit politisch verantwortlichen Parteien, mit Gewerkschaftsvertretungen und Initiativen wollen wir uns über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation im Lande austauschen.

Um die Geschichte Schottlands besser verstehen und erfahren zu können, besuchen wir neben der Hauptstadt mit Parlamentssitz Edinburgh auch Glasgow, eine Stadt, die große Veränderungsprozesse hinsichtlich ihrer Hafen- und Industriekultur aufweist. Hierzu werden wir in beiden Städten Stadtrundgänge zu historisch bedeutsamen Orten anbieten.

■ **Termin:** 27.09. – 03.10.2020 Schottland N 058 /20

Zielgruppe: Interessierte Kolleginnen und Kollegen. Es wird Deutsch/Englisch übersetzt.

Kosten: Kostenbeteiligung ca. 870 € (DZ, Flug, Programm)

Freistellung: WBG S-H, BfG M-V

Studienreisen 2020

Der Wirtschaftskrise, die in 2009 begann, versuchten die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft mit einer restriktiven Haushaltspolitik (Austeritätspolitik) zu begegnen, mit der Folge sozialer Verwerfungen, durch Kürzungen bei den Arbeitseinkommen, den Renten und im gesamten Sozialbereich. Sie bewirkten damit eine zunehmende Verarmung weiter Bevölkerungsteile.

Weitere Probleme in der Europäischen Gemeinschaft wurden offensichtlich, als in 2015 mehr Flüchtlinge nach Europa kamen, als in den Jahren zuvor und einige Länder sich weigerten, Flüchtlinge aufzunehmen, während in einigen anderen Regionen mit viel Solidarität und ehrenamtlichem Engagement darauf reagiert wurde. Folge dieser Entwicklungen ist eine zunehmende Ablehnung der Europäischen Union in vielen Mitgliedsstaaten, bis hin zum Austritt (Brexit) und eine sich verstärkende Befürwortung von Nationalstaatlichkeit.

Insgesamt verlieren in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die sog. Volksparteien oder klassischen Parteien zunehmend an politischer Bedeutung, wovon vor allem rechtspopulistische Parteien profitieren können.

Wohin wird sich eine Union der europäischen Staaten vor diesem Hintergrund entwickeln? Werden sich zunehmend nationalstaatliche Interessen durchsetzen? Kann es einen gemeinsamen Europäischen Nenner für eine europäische Politik in der Zukunft geben?

Die Studienreisen bieten die Chance, sich ein aktuelles Bild über die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im jeweiligen Land zu machen und die absehbaren Entwicklungen und Handlungsoptionen vor Ort diskutieren zu können.

Darüber hinaus wollen wir die aktuellen Arbeitsbedingungen, Einkommensmöglichkeiten der Beschäftigten und die soziale Situation der Menschen insgesamt betrachten, hinterfragen und mit Gewerkschafter*innen, Politiker*innen, sowie Aktivist*innen aus Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ausführlich diskutieren.

Die Studienreisen finden in Kooperation von ver.di Nord und dem Bildungssträger „Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ statt. Von Arbeit und Leben wird eine Seminargebühr erhoben.